

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 8. November 1923.

Nr. 261.

## Mitleid für die deutsche Bourgeoisie.

Der Führer der tschechischen Kapitalisten hatte am Dienstag einen schweren Anfall von — Humanität. Man ist in diesen unruhigen Zeiten auf manches gefaßt, aber daß Herr Dr. Kramář plötzlich sein vor Mitleid zudenendes Herz auf dem Präsentierteller dem staunenden Volke zeigen werde, hielt doch niemand für möglich. Was ist es, das ihn, den Wind- und weiterharten Chauvinisten, zum Bannerträger der Menschlichkeit und einer alle Schranken des Nationalismus überspringenden Ethik gemacht hat? Was wandelte, scheinbar über Nacht, den Saulus zum Paulus? Er sprach im Abgeordnetenhaus über das Chaos in Deutschland und dabei geschah es nun, daß ihn der Schmerz übermannte. Und er sprach es aus: „Mitleid verdient hier die deutsche Bourgeoisie!“ Der Schmerz war echt und tief. Wir wissen nicht, ob Dr. Kramář dabei traurig wie ein sterbendes Reh dreinblickte, aber wir nehmen an, daß er bei dieser Bekundung der Solidarität mit der deutschen Bourgeoisie mit entsprechend bewegter Stimme sprach. In Deutschland herrscht seit langem namenloses Elend. Millionen Arbeitsloser irren verzweifelt umher; auch jene, die noch in Arbeit stehen: Industriearbeiter, Angestellte, geistige Arbeiter, entbehren des zum Leben Notwendigsten, und für Kinder und Greise fehlt selbst das Brot, um sie vor dem Verhungern zu schützen. All diesem grauenvollen Elend gegenüber, das sich von Tag zu Tag steigerte, bewahrte Kramář seine nationallistischen Schenkklappen. Von alledem sah und hörte er nichts, wollte er nichts hören. Und mit der Gleichförmigkeit einer Maschine wiederholte er, ein Poicare in kleinen Format: Deutschland muß zahlen, zahlen, zahlen! Wie weiland Schylock bestand er auf seinem Schein, obwohl dieser gar nicht sein Schein war. Nun auf einmal dieses Mitleid bei dem Manne, dessen Haut man für gegerbt und dessen Seele man für ausgepicht hielt, keiner Sentimentalität zugänglich! Geschehen Zeichen und Wunder? Nein, wir glauben nicht an übernatürliche Dinge, es geht doch schließlich alles natürlich zu in der Welt. Und wenn Herrn Dr. Kramář plötzlich das Herz bricht vor Mitleid mit der deutschen Bourgeoisie, so ist dies nichts anderes als der Ausfluß seines Klassengefühls und seiner Klassenloyalität. Es ist wahr: der Verfall des deutschen Wirtschaftslebens zieht mehr oder minder alle Schichten des deutschen Volkes in Mitleidenschaft, aber Hunger, Hunger und Elend leiden doch nur die Arbeiter und die Mittelschichten, die nur durch ihre Ideologie, nicht durch ihre Klassenlage zur Bourgeoisie zählen können. Denjenigen aber, welche die deutsche Krise an ihrer Existenz mit vollster Wucht trifft, ohne daß sie sich dagegen wehren könnten, wendet Kramář, der Edle, nicht sein Mitgefühl zu. Die überquellenden Regungen seines Herzens spart er vielmehr ausschließlich für jene Klasse auf, deren Angehörige verhältnismäßig unberührt von dem allgemeinen Zusammenbruch sind, die selbst aus dem Verfall, der Teuerung und der Währungs-katastrophe noch Vorteile und Gewinn zu ziehen wußten und deren gewissenlose Spekulationslust an der wirtschaftlichen und finanziellen Katastrophe nicht unschuldig sind. All das verzehrt dieser Klasse, der Klasse der Bourgeoisie, Herr Dr. Kramář, oder er drückt doch wenigstens ein Auge zu. Jetzt, wo es ernst wird, bewährt sich über alle Vorurteile und allen nationalen Haß hinweg die Klassenloyalität der Bourgeoisie in trefflicher und eindrucksvoller Weise.

Die mitleidbewegten Worte des Führers der tschechischen Kapitalistenklasse machen jetzt eine Episode bemerkenswerter, die sich am Montag, also einen Tag vor Kramářs Rede, in der Sitzung der Zentralverwaltungs-Kommission für Groß-Prag abgespielt hat. Der Sprecher der tschechischen Kommunisten hatte eine Erklärung verlesen, in der er im Namen seines Klubs

## Die Generaloffensive der Reaktion.

Der Unmarsch aller Feinde der Republik unter dem Oberbefehl Kahr's beendet.

München, 7. November. Am 6. und 7. November fand eine Tagung aller vaterländischen Verbände Deutschlands statt. In einer am Schluß der geheimen Tagung ausgegebenen Mitteilung wird betont, daß die Verbände als Hauptforderung des Tages die sofortige Revision der Reichsverfassung aufgestellt und gleichzeitig ihre „absolute Treue zum Reich“ bekundet haben. Außerdem sei festgestellt worden, daß im Ernstfalle mit einem reibungslosen Zusammenarbeiten mit anderen National-Organisationen, vor allem mit Hitler's Kampfbund, gerechnet werden könne.

Ueber diese offiziöse Mitteilung hinaus ist man zu der Annahme berechtigt, daß der eigentliche Zweck der Tagung darin bestand, eine einheitliche Basis für die Verwirklichung der politischen Ziele der vaterländischen Verbände im ganzen Reich zu schaffen,

da man den Zeitpunkt für diese Verwirklichung als unmittelbar bevorstehend ansieht. Darin liegt die Bedeutung dieser Tagung, die man als den Auftakt für die Generaloffensive gegen die Weimarer republikanische Verfassung beurteilen muß. Ein Zusammenarbeiten der vaterländischen Verbände mit den Kampfverbänden ist zunächst möglich, weil beide Feinde der Weimarer Verfassung sind. Kahr wird übrigens in einer am 8. November stattfindenden Versammlung vor einigen tausend geladenen Gästen über die Verhandlungen mit dem vaterländischen Verbände sprechen und anschließend daran das große nationale Programm bekanntgeben, durch das Deutschland „gerettet“ werden soll. Diese Rundgebung ist gedacht als eine große Plattform für Kahr, der hier als der erklärte Führer der gesamten vaterländischen Verbände des ganzen Reiches auftritt.

## Massenversammlungen der Berliner Arbeiter.

Berlin, 7. November. (Eigenbericht.) Für die Stimmung in der Berliner Arbeiterschaft waren die Versammlungen kennzeichnend, die die sozialdemokratische Partei gestern abends in großer Anzahl veranstaltet hatte. Es herrschte überall ein so starker Andrang, daß noch zahlreiche Parafellversammlungen abgehalten werden mußten. Die Redner, bekannte Genossen vom linken Flügel der Partei, erzielten stürmischen Erfolg, als sie sich gegen das Kabinett Strossemann wandten und den Austritt der Sozialdemokraten aus der großen Koalition begründeten. In der Diskussion versuchten kommunistische Redner die Versammelten auf ihre Seite zu bringen, sie hatten damit aber kein Glück; die überwältigende Mehrheit der Anwesenden erklärte sich mit den Ausführungen der sozialistischen Redner einverstanden. Im allgemeinen konnten die Versammlungen ruhig zu Ende geführt werden, nur einmal gelang es den Kommunisten, die Versammlungen zu stören.

## Die Deutschnationalen möchten in die Reichsregierung.

Berlin, 7. November. Die Deutschnationale Volkspartei hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, einen Ausschuss von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Weimarer Reichsverfassung im Sinne der

besseren Berücksichtigung gesunder föderalistischer Grundsätze zu überprüfen habe.

Gestern hielt die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten Sitzungen ab, in denen hauptsächlich die Frage behandelt wurde, ob eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Reichsregierung möglich sei. Die Deutsche Volkspartei sah zu der Frage keinen Beschluß. Den Vätern zufolge sollten innerhalb dieser Fraktion Meinungen bestehen, den Deutschnationalen entgegenzukommen. Die demokratische Fraktion dagegen verhält sich völlig ablehnend gegenüber dem Gedanken, die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen. Die Fraktionsberatungen und die Fühlungnahme der einzelnen Fraktionen untereinander sollen heute fortgesetzt werden.

## Berückung für die Berliner Polizei.

Berlin, 7. November. (Eigenbericht.) Das Berliner Polizeipräsidium fordert in einer Mitteilung an die Blätter unbedingt verfassungstreue Männer auf, in die Schutzpolizei, der noch über 2000 Mann fehlen, einzutreten. Die freigewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-gewerkschaften sowie die sozialdemokratische Partei rufen im Anschluß an diese Mitteilung des Polizeipräsidiums ihre Mitglieder auf, sich der Schutzpolizei zur Verfügung zu stellen und sich sofort bei ihren Gewerkschaften zu melden.

dem reichsdeutschen Proletariat Solidaritätsgrüße entbot. Die Wirkung war, daß die tschechischen Patrioten wie von einer Lanze gebissen in die Luft fuhren und während überschütteten sie den Sprecher mit den Ruf: Schande! Verräter! In den gleichen Ton fielen tags darauf die tschechischen Nationalen Mütter ein und kündigten ihm an, daß das tschechische Volk über seinen nationalen Verrat Abrechnung halten werde. Nur eine Episode von ungezählten, die sich schon ereigneten und immer wieder ereignen werden, doch illustriert sie klar: bekunden die Arbeiter ihre internationale Solidarität, dann ist dies „Schande“ und „nationaler Verrat“, fühlen sich aber die Kapitalisten feilsch und materiell verbunden, dann ist dies Humanität und selbstverständliche Interessengemeinschaft. Welchem Proletariat fallen da noch nicht die Schuppen von den Augen!

Aber die Rede des Herrn Dr. Kramář regt noch zu einer anderen Betrachtung an. Man erinnert sich, daß Präsident Masaryk gelegendlich seines Besuches in Paris bei der Eröffnung des dortigen Slavischen Instituts eine Rede hielt, in der er die „westliche“ Kultur, Humanität und Demokratie in einem mit den Lasten einigermaßen in Widerspruch stehenden schroffen Gegensatz zu dem vom preussischen Militarismus angeblich beherrschten Geiste der deutschen Kultur und Philosophie stellte. Vom „Westen“ meinte der Präsident, er habe nicht nur militärisch gesagt, sondern auch — „kulturell“. Die deutsche Philosophie habe die „soliden Grundlagen der Wissenschaft“ verlassen und sei zu einer „phantastischen“ geworden,

die „dem Egoismus und Materialismus diene“, ferner hätten die Deutschen „das natürliche Recht zurückgewiesen“, kurz Masaryk sah in seiner Rede nur den „pangermanischen Imperialismus“ auf der einen Seite, die „westliche Kultur und Humanität“ auf der anderen. Ist es nun Zufall, daß Dr. Kramář, dessen Stellung zum Präsidenten man kennt, auf einmal an den Deutschen auch gute Eigenschaften entdeckt? Er begründet nämlich sein plötzlich ausgebrochenes Mitleid für die deutsche Bourgeoisie — von der er weiß, daß sie „immer deutschnational“ gewesen sei — damit, es sei „aus ihr hervorgegangen, was eine Bereicherung des menschlichen Wissens und Fortschritts bedeutet hat“. Und darum bezeichnet er die Vernichtung dieser deutschen Bourgeoisie als eine „unverzeihliche Sünde an der Kultur“. Nach Kramář ist also die deutsche Wissenschaft, das deutsche Geistesleben — obwohl er „Bourgeoisie“ sagt — ein eminentes Kulturfaktor, während Masaryk nahezu das Gegenteil gesagt hat. Es drängt sich die Frage auf die Lippen: stehen etwa die beiden einander so entgegenstehenden Ansichten in einem ursächlichen Zusammenhang?

Wie dem auch sei, die Arbeiter nehmen eines zur Kenntnis: Herr Dr. Kramář, der Führer der chauvinistischsten gesinnten tschechischen Partei, empfindet inniges Mitleid mit der deutschnationalen Bourgeoisie! Sie werden dadurch in der Solidarität zu ihren notleidenden Klassenossen jenseits der reichsdeutschen Grenzpfähle um so mehr bestärkt werden!

## Legungs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 88.—  
ganjährlig . . . . . 162.—

Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

## Zwei Aufrufe!

Berlin, 7. November. (Eigenbericht.) Die Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands richtet folgenden Aufruf an die deutschen Parteigenossen:

### Gegen die Reichsjerföderung!

Die Reichsregierung ruft das deutsche Volk auf, geschlossen für Ordnung und Freiheit des Reiches einzutreten, wenn ihr von den rechtsradikalen Puttschisten der Kampf aufgezwungen wird. Den Kopf steck in den Sand, wer nicht heute schon klar erkennt: Die Puttschisten wollen den Kampf! Jedes Ausweichen wird der Reichsregierung als Schwäche gedeutet und fördert nur die Angriffslust der Reichsverderber. Die wertvolle Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte und Beamte, stehen in erdrückender Mehrheit auf dem Boden der Verfassung. Sie stehen hinter denen, die den Willen haben, Deutschland vor der Herrschaft wüster Pratorianerhorden zu schützen. Neben den Organen des Reiches werden die Landesregierungen den Umsturz abzuwehren haben. Auf ihren Ruf muß jeder, der die Freiheit liebt, jeder, der die Zukunft Deutschlands nicht zerbrechen lassen will, sich zur Verfügung stellen. Ein Heer von waffengerebten Republikanern wird aus dem Boden wachsen, sobald es gerufen wird. Bandenbildungen und Freikorpsformationen führen nicht zum Ziel. Nur in Angleichung an die Organe der staatlichen Gewalt kann und soll der Kampf um die Freiheit geführt werden. Sozialdemokraten! Seid bereit, für die Erhaltung der deutschen Republik alles einzusetzen!

Der Appell der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen (der Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenverbände) lautet:

### Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Von außen aufs schwerste bedrückt und inmitten einer scharf zugefügten innerwirtschaftlichen Krise wird die Reichseinheit und der Bestand der Republik durch gewalttätigen Ansturm gefährdet. Die durch die Weimarer Verfassung gewährleisteten Volksrechte sind bedroht. Die soziale und wirtschaftliche Not der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Rentner und der übrigen unbemittelten Volksschichten wird von Tag zu Tag unerträglich. Kommt dazu noch der Kampf der einzelnen Volksgenossen gegeneinander, so werden damit die letzten Möglichkeiten einer Behebung der außen- und innenpolitischen Nöte zerstört. Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Verbände als Vertretung des werktätigen Volkes rufen ihre Mitglieder und alle übrigen auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Volkstreue auf, sich zum Schutze der Verfassung und der Republik zur Verfügung zu stellen, wie auch die Gewerkschaften selbst ihre Organisationen zur Abwehr bereitstellen.

## Württemberg steht fest zum Reich.

Karlsruhe, 7. November. (Wolff.) Der badische Landtag wählte turnusgemäß den Finanzminister Köhler (Zentrum) zum neuen Staatspräsidenten. Staatspräsident Köhler führte in seiner Antrittsrede u. a. aus: Wir stehen fest zur Zentralgewalt des Reiches in diesen schweren Tagen, aber wir erwarten, daß die Regierung des Reiches seinen Bestand schützt. Wir verlangen, daß man endlich die großen wirtschaftlichen Gefahren bannet. Wir erwarten ferner, daß der Länder Eigenart Verständnis findet im Rahmen des Reiches. Die große deutsche Einigkeit allein ist der Schild, der die Getreuen um das deutsche Banner an Rhein und Ruhr noch hält.

## Die Entente will von Hitlerbanden das Handwerk legen.

Berlin, 7. November. (Eigenbericht.) Nach hier vorliegenden Meldungen aus Paris ist eine Note der Alliierten, unterzeichnet von Poicare, an die deutsche Regierung unterwegs, in der Sicherheiten für die Wiederaufnahme der Tätigkeit der internationalen Militärkontrollkommission verlangt werden. Die Untersuchung dieser Kommission soll sich besonders auf Bayern erstrecken, da die Reichsregierung es bisher unterlassen hat, gegen die Puttschvorbereitungen der bayerischen Nationalisten etwas zu unternehmen. Jetzt wird sie möglicherweise durch den Zwang der Alliierten dazu veranlaßt, das Notwendige gegen die immer offener auftretenden Hitlerbanden zu veranlassen.

## Eine Razzia nach deutschen Auslandsguthaben.

Berlin, 7. November. (Eigenbericht.) Es wird berichtet, daß die französische Regierung in ihren Richtlinien für das Arbeitsprogramm der

Zachverständigenkonferenz auch die Erfassung der aus Deutschland nach dem Ausland geschafften Kapitalien aufstellt. Es soll schon an den hauptsächlichsten europäischen Börsenplätzen eine Umfrage veranstaltet werden sein, und die französischen Sachverständigen glauben, daß man sich von der Erfassung der deutschen Auslandsguthaben einen Ertrag von sechs bis sieben Milliarden Goldmark ver sprechen könne. Von dieser Summe soll der deutsche Staat, unter Aufsicht der internationalen Finanzkontrolle, ein Drittel zur Durchführung der Währungsreform erhalten, der Rest soll dazu dienen, in der Zeit eines Moratoriums die dringendsten finanziellen Bedürfnisse der Alliierten und vor allem Frankreichs zu befriedigen.

**Amerikas Hilfsaktion für Deutschland.**

**New York, 7. November.** Nach einer Meldung aus Washington beschäftigt die Frage einer ausgedehnten Hilfe für die Bevölkerung Deutschlands die amtlichen Kreise. Es wird als wahrscheinlich angesehen, daß der Präsident an den im Dezember zusammenzutretenden Kongress eine besondere Vorstufung richten werde, in der er ähnliche Maßnahmen vorschlagen werde, wie sie für die Hilfe in Russland in der letzten Tagung des Kongresses beschlossen wurden. Damals wurden 25 Millionen Dollar für den Ankauf von Rohstoffen bereit gestellt.

**Der Streit wegen der Konferenz-einberufung.**

**London, 7. November.** (M.) Die Vermittlungen, Frankreich bezüglich des beabsichtigten internationalen Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands auf den Standpunkt der übrigen Alliierten zu bringen, waren bis nun nicht vom Erfolg begleitet. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Belgien und Italien haben einen gemeinsamen Standpunkt, Frankreich aber verharret auf seinen Forderungen, obwohl allgemein die Notwendigkeit einer definitiven Lösung des Problems, welches ganz Europa in wirtschaftliche Wirren zu führen droht, eingesehen wird.

**Die lieben Alliierten unter sich.**

**Um allen Eventualitäten (von Frankreich) zu begegnen . . .**

**Rom, 7. November.** (Ag. Stef.) Der Aero-Klub veranstaltete zu Ehren des Ministerpräsidenten Mussolini und des Unterstaatssekretärs Finzi, welcher die italienische Luftschiffahrt erneuert hat, ein Bankett. In seiner Dankrede äußerte sich Mussolini über den bisherigen Fortschritt der italienischen Aviation und schloß: Wir sind auf dem besten Wege, der uns sicherlich zu einem so vollkommenen Stande führen wird, um allen Eventualitäten begegnen zu können.

**Wie es die horthungarische Reaktion treibt.**

**Budapest, 7. November.** (Eigener Bericht.) Die sozialdemokratische Partei hatte für heute abends zehn öffentliche Versammlungen einberufen, auf deren Tagesordnung die Gewährung einer vollständigen Amnestie, die Aufhebung der Internierungen und die Liquidierung der konterrevolutionären Politik stand. Heute vormittags hat die Polizei die Abhaltung der Versammlungen verboten und zugleich erklärt, daß sie die Abhaltung derselben eventuell mit Waffengewalt verhindern werde. Obwohl die sozialdemokratische „Nepszava“ die Versammlungen schon Sonntag ankündigte wartete Graf Bethlen bis zum heutigen Tag mit deren Verbot, weil er den an diesem Tag in Pest ankommenden Völkerverbündelungen durch diese Tat zeigen wollte, daß er sich nicht an die Bedingungen und Ermahnungen des tschechischen Außenministers Dr. Benes zu halten gedenke.

Der Professor der Geschichte Adolar Palage, der zwar reaktionär, aber konsequent gekümmert ist, mußte plötzlich seine Vorlesungen einstellen und um seine Pensionierung einkommen. Er hatte nämlich in einer seiner Vorlesungen eine Kritik an der Politik Franz Joseph gegenüber Ungarn geübt.

Die „königliche Kurie“ hat das Urteil, mit dem der Präsident der republikanischen Partei Emmerich Beer zu einhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, bestätigt und seine sofortige Verhaftung angeordnet.

**Kurze Auslandsmeldungen.**

**Bulgarien tut Buße.**

**Sofia, 7. November.** (Savas.) Die bulgarische Regierung hat gestern um 18 Uhr dem Vertreter des Königreiches SH. mitgeteilt, daß sie sämtliche in der Note der Belgrader Regierung betreffend den gegen Krfis unternommenen Attentatversuch enthaltenen Bedingungen annehme.

**Die englische Arbeiterpartei gegen die Separatisten.**

**London, 7. November.** Die Labour Party verkündete in ihrer gestrigen Erklärung ihren Standpunkt zur internationalen Situation. Die Erklärung verurteilte die französische Unterstützung der separatistischen Bewegung und begrüßte das Vorgehen der britischen und belgischen Regierung.

**Ein Tag der Ausschüsse.**

Im Abgeordnetenhaus tagten gestern fünf Ausschüsse. Im Budgetausschuß wurde die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag zu Ende geführt. Es sprachen die Redner sämtlicher Parteien, für die deutschen Sozialdemokraten Genosse Taub. Im sozialpolitischen Ausschuß kündigte Dr. Stern an, daß der Monatsbericht zur Sozialversicherung in den nächsten Tagen vorgelegt werden wird. Im Wehrausschuß gab Dr. Heller, der Vertreter des Ministeriums für nationale Verteidigung, eine Statistik über die Zahl der Soldatenselbstmorde und auch Minister Udrzal befaßte sich mit dieser Sache. Im Ausschuß für Handel und Gewerbe wurde das Gesetz, betreffend das Verbot des Prämienhandels bei täglichen Bedarfsartikeln, angenommen. In der Debatte hiezu verwies Genossin Kirpal darauf, daß sich in der letzten Zeit der Prämienhandel sehr verbreitet hat, der die Unwissenheit der Konsumenten ausnützt. Im Ernährungs- und Teuerungsausschuß gab es vier Ministerreden. Ernährungsminister Franke, Handelsminister Novak, Arbeitsminister Srba und Landwirtschaftsminister Hodza trugen umfangreiche Exposés vor, in denen sie die Ernährungs- und Teuerungsausschuß von der wirtschaftlichen und sozialen Seite behandelten. Wir geben folgend die Exposés der Minister, sowie die Ausführungen des Genossen Taub im Budgetausschuß in ihren wichtigsten Teilen wieder:

**Die steigende Preissteigerung.**

Ernährungsminister Franke erklärt, daß das rasche Sinken der Lebensmittelpreise in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres dem Steigen der Krone entsprungen hat. Nach einer ausführlichen Behandlung der Entwicklung der Preisverhältnisse in allen Zweigen der täglichen Bedarfsartikel stellt der Minister fest: Es haben sich steigende Preissteigerungen bemerkbar gemacht bei Brot, Fett, Eiern, Kaffee, Baumwolle und Wolle. Die Kartoffelpreise werden heuer höher sein, weil die Ernte gegenüber dem Vorjahr eine weit kleinere ist. Im Oktober ist der Kartoffelpreis im Verhältnis zum September um 24 Prozent gestiegen, so daß man ein Zinken von 80 Hektern auf 60 bis 70 Heller zu verzeichnen hat. In Prag werden Verkaufsstellen für den Kleinverkauf der Kartoffeln errichtet werden, welche direkt von den Erzeugern Kartoffeln beziehen werden und der Minister rechnet damit, daß man Kartoffeln zum Preise von 50 Hektern für ein Hilo erhalten wird. Was die Zuckerpriese anlangt, so ist der Zuckerpriese heute unter der Westausfuhrparität. Die neuen Zuckerverträge für den Verkauf müssen daher niedriger sein als zu Beginn der Kampagne, so daß man mit einer Verbilligung des Zuckers rechnen kann. Die Regierung wird eine Erhöhung des Zuckerpriese keineswegs zulassen. Die Zuckerverzeugung ist von 726 Tausend Tonnen auf 950 Tausend Tonnen gestiegen und angesichts der sinkenden Welttendenz der Zuckerpriese hält es das Ministerium nicht für opportun, jetzt schon irgendwie einzuschreiten, weil dadurch nur die Konsumenten geschädigt werden würden. Im weiteren Verlauf seiner Rede konstatiert Franke, daß die Lebensbedürfnisse heute 8,25- bis 8,75mal höher sind als im Frieden. Das Ministerium wird in der Verbilligungskampagne fortfahren und hat zu diesem Zwecke die „interministerielle Kommission zur Verbilligung der Preise“ geschaffen.

**Jährliche Einfuhr von 30.000 Waggons Getreide**

Aus der Rede des Ministers Hodza geht hervor, daß es notwendig ist, zu uns jährlich 25 bis 30.000 Waggons Getreide einzuführen. Auf der vier abgeschlossenen Handelsverträge haben wir bereits eine jährliche Einfuhr von 16.000 Waggons gesichert.

**Novak antwortet Masrnyk.**

Die Rede des Ministers Novak war eigentlich eine Polemik mit einem Teil des Exposés des Ministers Benes und der Volkspartei Masrnyk über die Handelspolitik. Minister Novak erklärte, daß für den Stand der Handelsverträge das Außenministerium verantwortlich ist, welches jene Verträge abschließt.

**Die Verbilligung der Kohle.**

Arbeitsminister Srba erklärte, daß er die Verbilligung der Kohle gleich bei Beginn seiner Tätigkeit für die erste Aufgabe seines Ressorts hielt. Die Kohle ist der Rohstoff unserer Industrie und für die Ernährung ähnlich wichtig wie Getreide. Ihre Verbilligung ist die Grundlage der Verbilligung der anderen Industrie-Erzeugnisse. Der Staat hat die Kohle mit der Kohlenabgabe belastet, welche bloß als Uebergangsteuer gedacht war. Diese Abgabe hat ihre Zeit überschritten und mußte daher beseitigt werden. Bei der Feststellung des Kohlenpreises von amtswegen wichen sich große Schwierigkeiten geltend. Einfach die Friedenspreise zur Grundlage zu nehmen, geht nicht, weil diese Preise unter ganz anderen Vorbedingungen des Handels und bei der Möglichkeit der Ausfuhr nach Deutschland gebildet wurden. Das Ministerium hat bei der Festsetzung der Kohlenpreise die natürliche Relation zwischen Braunkohle und Schwarzkohle zur Grundlage genommen. Braunkohle soll beiläufig die Hälfte des Preises für Schwarzkohle erreichen.

Der Minister ist bestrebt, einige augencheinliche Versuche der Krone, die die Verbilligung entziehen wollen, zunächst zu machen.

Diese Versuche sind Gegenstand der Untersuchung und die Moral erfordert es, daß die Grubenbesitzer ebensoviel nachlassen, wie die Bergarbeiter bereits nachgelassen haben. Der Minister behandelt ausführlich das Kohlenproblem und setzt seinen Standpunkt wie folgt zusammen: „Das Ministerium für öffentliche Arbeiten setzt seine Bestrebungen, die Kohlenpreise herabzusetzen, fort, betrachtet sie noch als zu hoch und wird alles tun, daß sich die Verbilligung, die bereits durchgeführt ist und die Verbilligung, die noch vorbereitet wird, nach allen Richtungen hin im Wirtschaftsleben geltend macht.“

**Die Rede des Genossen Taub im Budgetausschuß.**

Genosse Taub wies in seiner Rede darauf hin, daß die Beratungsminimalkfrist zur Maximalfrist wird und wenn die Opposition koschast sein wollte, so würde sie die Mehrheit allein lassen, um 40 Stunden im Ausschuß und 36 Stunden im Plenum über den Staatsvoranschlag zu beraten. Die Situation verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Daher bringen wir den Antrag ein, in Zukunft den Staatsvoranschlag dem Hause am 15. August zu unterbreiten und mit den Beratungen im Ausschuß am 15. September zu beginnen. Redner befaßt sich sodann mit dem Exposé des Finanzministers und meint, daß es gut gewesen wäre, wenn zweckmäßige Sparmaßnahmen das Leitmotiv in allen Ministerien gebildet hätte. Diese Behauptung dürfte aber der Finanzminister unmöglich aufrecht erhalten können, denn von einzelnen Ressorts, die eine bevorzugte Stellung einnehmen, wurde in dieser Richtung dem Wunsch des Finanzministeriums nicht Rechnung getragen. Der Finanzminister wird auch zugestehen müssen, daß die Maßnahmen, die von der Regierung seit Ausbruch des Bergarbeiterstreiks getroffen wurden, keineswegs hinreichend sind und nicht bewirkt haben jene Verbilligung der Kohle, die notwendig ist, daß sich vielmehr an dem Steuerzuschlag wohl Einzelne bereichert haben, daß diese Nachschub aber nicht zugunsten der breiten Bevölkerungsschichten ausgefungen ist. Es kann auch nicht der Ansicht des Ministers zugestimmt werden, daß eine Besserung der allgemeinen Situation zu verzeichnen ist, welche eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse zur Folge haben dürfte. Es wäre verfehlt, von einer solchen Voraussetzung, die keineswegs den Tatsachen entspricht, festzuhalten, da dann die ganze Wirtschaft des Staates auf falschen Prämissen aufgebaut würde. Auch der Generaldirektor hat heuer alles in rosigem Lichte erscheinen lassen und glaubt, daß wir uns auf dem Wege der Gesundung befinden. Er hat das frampfhafte Bestreben, sich einzureden, daß das Budget wirklich gut ist. Auch mit dem Präsidenten des Obersten Kontrollamtes ist eine Wandlung vor sich gegangen und man muß offen sagen, daß seine Ausführungen im Vorjahre viel mehr befriedigt haben als heuer, denn auch er sieht heuer durch die Brille des Finanzministers. Redner beschwert sich darüber, daß man noch immer nicht die rechtzeitig Vorlage der Rechnungsabläufe erzielen konnte und daß deren Durchberatung, soweit sie bereits zur Vorlage gelangten, kein Interesse gewidmet wird. Die Ersparnisse im Ministerium für Nationalverteidigung sind eine Fiktion und sind zurückzuführen auf die Restriktion der Mannschafsgelöhnen, der Verpflegung und der Vorkehrungen für die Gesundheit. Der Aufwand für die Offiziere steht in keiner Relation zu jenem für die Staatsbeamten. Redner bespricht weiters das Vorgehen der Regierung und der Mehrheitsparteien in der Frage der Sozialversicherung und meint, es wäre höchste Zeit, die Sozialversicherung zu realisieren. Angesichts aller dieser Sachen kann unsere Partei nicht für das Eingehen in die Spezialdebatte stimmen.

**Furcht'are Zahlen.**

**Die Soldatenselbstmorde.**  
In der Sitzung des Wehrausschusses des Abgeordnetenhauses erstattete der Vertreter des Ministeriums für Landesverteidigung einen Bericht über die militärischen Selbstmorde. Dieser trockene Bericht wirkte, wie „Pravo Vidu“ sagt, furchtbar.

**Vom 1. Oktober 1921 bis 30. September 1922 wurden 106 Selbstmordfälle verzeichnet.**

Hievon betrafen 11 Fälle Offiziere, 9 Rotmeister, die übrigen Fälle entfielen auf die Mannschaft. Wenn man in Erwägung zieht, daß zu dieser Zeit 136.000 Mann im Dienste standen, so entfallen

auf 100.000 Mann 77,9 Selbstmorde.

Die Furchtbarkeit dieser Statistik tritt noch mehr hervor, wenn wir die Zahl der Selbstmorde mit der Zahl der Selbstmorde im alten Oesterreich vergleichen. Nach der Statistik für das Jahr 1912 entfielen damals auf 100.000 Mann bloß 70 Selbstmorde. Daß die Zahl der Selbstmorde sich nur sehr unbedeutend verringert, davon zeugt das Faktum, daß von 1. Oktober 1922 bis zum 30. Oktober 1923 91 Fälle von Selbstmorden und Selbstmordversuchen verzeichnet sind, von denen die überwältigende Mehrheit auf die Mannschaft entfällt. Abgeordneter Novak forderte, daß die Erhebungen über die Ursachen der Selbstmorde nicht bloß von den Aufsichtsbeamten durchgeführt werden, sondern, daß hiezu auch Vertreter der Mannschaft hinzugezogen werden. Gleichzeitig stellte Novak den Antrag, daß der Bericht des Ministeriums vervielfältigt und an alle Mitglieder des Ausschusses verteilt werde.

**Inland.**

**Die tschechischen Wahlen im Gultschiner Ländchen.**

Die Gemeindevertretungswahlen im Gultschiner Ländchen waren im wahren Sinne des Wortes „tschechische Wahlen“. Behörden und behördliche Organe weitestgehend in der Leistung von Zutreiberdiensten für die Regierungsparteien. Die politische Landesverwaltung ging da beispielgebend voran, indem das für Dienstfahrten zur Verfügung stehende Auto den Referenten der Regierungsparteien zur Verfügung gestellt wurde. Die mit Drohungen und Einschüchterungen agitierenden Regierungsparteien wurden durch direkte Geistesverrichtungen behördlicher Organe unterstützt. Ganz besonderes leistete sich die Polizeidirektion in Mährisch-Ostau.

Am 31. August hielt die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in Ludgersthal eine Wählerversammlung ab, zu welcher ein Regierungsvertreter von der Polizeidirektion Mährisch-Ostau mit drei Geheimagenten und mehreren Gendarmen, alle in Zivil, erschienen. Nach dem Vereins- und Versammlungsgesetz hat die Behörde kein Recht, in Wählerversammlungen einen Vertreter zu entsenden. Dieser Beamte der Polizeidirektion Mährisch-Ostau, namens Jakubey, erklärte schließlich die Versammlung für aufgelöst, weil angeblich Nichtwähler in der Versammlung anwesend waren. Auch diese Auflösung ist ungesetlich. Charakteristisch für die Denkart der Beamten der Polizeidirektion Mährisch-Ostau ist, daß der Kommissar Jakubey auf die Einwendung, daß dieses ungesetzliche Vorgehen seinen Borgesezten zur Kenntnis gebracht werden wird, erklärte: „Sie können das auch im Parlament zur Sprache bringen.“

Auch in die am 12. September in Ellgeth Gultschin stattgefundene Wählerversammlung hat die Polizeidirektion Mährisch-Ostau einen Vertreter entsendet, der Anstände machte, weil Nichtwähler in der Versammlung seien und zwei als Referenten erschienene Personen aus Troppau! Dieser Kommissar griff in den Verlauf der Versammlung ein, indem er erklärte, die Versammlung habe kein Recht, einem Redner die Redezeit zu beschränken.

In Beneschau wurde in der Nacht auf den 15. September ein Kandidat namens Kubny Heinrich durch die Gendarmerie aus dem Bette heraus verhaftet und dem Bezirksgerichte in Gultschin eingeliefert.

In Ludgersthal hat die Gendarmerie eine von kommunistischer Seite einberufene Wählerversammlung zerprengt.

Eine Deputation aus Groß-Darkowitz sprach im Troppauer Landesamt beim Ingenieur Kefac wegen Grundfragen vor. Der Herr sagte der Deputation: „Nur diejenigen, die tschechisch wählen, bekommen Grund. Die anderen sollen nach Deutschland gehen.“

Unter Berufung auf die Vorfälle fragten in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses die Abgeordneten Genossen Jolli, Haas und Heeger den Justizminister, ob er geneigt ist, die Staatsanwaltschaft in Troppau aufzufordern, gegen alle der Gesehesverletzungen beschuldigten Personen die Anklage zu erheben, und den Innenminister, ob er geneigt ist, Vorkehrungen zu treffen, daß die Beamten der Polizeidirektion Mährisch-Ostau mit den Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes vertraut werden.

**Eine Niederlage Krebs in Kumburg.** In einer von den Hitlerleuten einberufenen Versammlung in Kumburg wollte Herr Krebs über Gemeindepolitik sprechen, befaßte sich aber ausschließlich mit nationalistischer Radikaltik. Der Politik von 1918 verfuhrte er das heutige Gland der reichsdeutschen Bevölkerung zuzuschreiben, was ihm aber ganzlich mißlang. Er sprach von „wahrer Volksliebe“ der nationalsozialistischen Partei und gab der Meinung Ausdruck, daß die Rechte des deutschen Volkes gesammelt und der Kampf gegen die Fremdlinge durchgeführt werden müsse. Unter den Fremdlingen verstand Krebs natürlich die Franzosen, Tschechen und Juden, aber vor allem „jene Parteien, welche international sind“. Des öfteren verwies er auf Bayern, wobei er Hitler als Sieger von Bayern feierte. Besonders interessant war sein Ausspruch, daß mir unter dem Zeichen des Falckenkreuzes oder des Sowjetsternes der Kampf gegen die Feinde des deutschen Volkes geführt werden kann. Dem Krebs antwortete Gen. Richter (Georgwalde), der einige Fragen an den Referenten stellte, welche denselben sichtlich in Verlegenheit brachten. Besonders die Frage über die 200.000 von Hitler preisgegebenen deutschen Südtiroler machten dem Krebs ziemliche Beschwerden. Er erklärte aber bei Beantwortung der Fragen unumwunden, daß die Haltung Hitlers in dieser Frage die richtige sei. Die nationalsozialistische Partei hat durch den Mund des Krebs den nationalen Verrat bestätigt. Genosse Böhm-Kumburg führte den Anwesenden das Verhalten der deutschbürgerlichen Parteien vor Augen, unter welchen sich so wie heute auch damals die Nationalsozialisten befanden. Er verpöbelte auch gründlich die vom Referenten gepriesene nationalsozialistische „Volksliebe“ und wie an der Hand von Beispielen nach, daß sie nur aus Stimmenfang und Streichbruch bestanden hat. Der Kampf, den die reichsdeutschen Arbeiter jetzt ausfchten, zeigt deutlich, daß es den Nationalsozialisten, diesen Schlep-

# Der Generalstreik in Polen siegreich beendet.

## Uebe zweihundert Blutopfer der Korantij-Regierung in Krakau.

Warschau, 7. November. Der Generalstreik in Polen wurde heute im Sinne des gestrigen Beschlusses des Exekutiv Ausschusses der sozialistischen Partei beendet.

Noch gestern nachts wurde eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, in welcher gesagt wird, daß Ministerpräsident Witos über Beschluß des Ministerrates dem parlamentarischen Klub der Sozialdemokraten erklärt hat, daß die Regierung geneigt sei, die Verordnung über die Standgerichte und die Militarisierung der Eisenbahnen rückgängig zu machen, sowie die wirtschaftlichen Forderungen der staatlichen Angestellten, insbesondere der Eisenbahn- und Postangestellten, günstig zu erledigen.

In Krakau ist heute der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Uspinski

und der Divisionsgeneral Jeligowski eingetroffen. In Warschau, Lodz, Lemberg, Posen und anderen Städten und Industriezentren haben die Streikenden heute früh die Arbeit wieder aufgenommen. Nur in Krakau, wo nach den gestrigen blutigen Straßenkämpfen noch große Aufregung herrscht, ruht die Arbeit, doch wurde in einer heute Mittag stattgefundenen Versammlung beschlossen, die Arbeit morgen wieder aufzunehmen.

Nach genauen Feststellungen stellt sich heraus, daß die Zahl der Opfer der Krakauer Straßenkämpfe größer ist als ursprünglich angenommen wurde. Die Zahl der Toten beträgt sechzig, und zwar vierzig Soldaten und zwanzig Streikende, verwundet wurden über 150 Personen. Heute herrscht in Krakau Ruhe.

trägern der Kapitalisten, lediglich um die Zertrümmerung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der gesamten Arbeiterklasse zu tun ist. Die Arbeiterschaft wird auf den nationalsozialistischen Schwindel nicht hineinfallen. Herr Krebs mußte ohne Schlusswort zu seinen Anhängern das Feld räumen. Der erträumte Sieg der Nationalsozialisten war zerfallen und an seine Stelle trat der Gesang der „Internationale“.

## Tages-Neuigkeiten.

### Eisenbahnkatastrophe bei Brünn.

Drei Tote, dreißig Verletzte.

Das sechste Unglück auf den tschechoslowakischen Bahnen in drei Wochen!

Brünn, 7. November. Der Personenzug, welcher gestern um 7 Uhr 5 früh die Station Löss in der Richtung gegen Czernowitz bei Brünn verließ und dessen neun Personenwaggons von Schülern, Beamten, Kaufleuten und Arbeitern stark besetzt waren, wurde von einem Unglück betroffen. Kurz vor der Abfahrt des Zuges wurden bei der dortigen Ziegelei zwei mit Kohlen beladene Waggons verschoben. Die Arbeiter der Ziegelei, welche die Kohle abzuladen hatten, lockerten ohne Wissen des Eisenbahnpersonals die Bremsen dieser Waggons und koppelten zwecks Verschiebung den einen Wagen vom anderen ab. Infolge des ziemlich starken Gefälles gegen Brünn kam dadurch der Waggon ins Rollen. Der Maschinistführer des Zuges bemerkte zwar, daß der Kohlenwaggon auf den Zug zuweilen, konnte aber nichts anderes tun, als durch beschleunigte Fahrt zu trachten, der Gefahr zu entgehen. Der Versuch mißlang und der Kohlenwaggon stieß mit großer Heftigkeit auf den letzten Waggon des Zuges. Infolge des Zusammenstoßes entgleiste der erste Waggon. Der Kohlenwaggon und der letzte Waggon des Zuges wurden vollständig zertrümmert.

Dem amtlichen Berichte zufolge wurde eine Person, die Händlerin Antonie Kalova, Mutter mehrerer Kinder, getötet, zwei andere schwerverletzte starben im Krankenhaus. Die Zahl der übrigen Verletzten beträgt dreißig. Auf die Unglücksstätte wurde von der Brünnener Staatsbahndirektion ein Hilfszug geschickt und auch die, allerdings reichlich und empörend spät benachrichtigte, Sektion des Roten Kreuzes und die Rettungstation stellten sich mit Hilfswagen und Personal in den Dienst der Rettungsaktion. Die Mehrzahl der Verwundeten konnte in häusliche Pflege entlassen werden.

### Brutale Übergriffe der Staatspolizei in Eger.

Seit längerer Zeit bestreift sich die Staatspolizei in Eger eines so brutalen Vorgehens gegen die Bevölkerung, daß dadurch allgemeine Empörung hervorgerufen wird und es ganz gewiß früher oder später zu einem Konflikt kommen muß, der dann unabsehbare Folgen zeitigen könnte. Die Anwendung des Gummiknüppels ist zu einer regelmäßigen Maßnahme geworden. Besonders die eingekerkerte Mannschaft, die aus Eger selbst stammt, geht gegen die Arbeiterschaft bei jedem geringfügigen Anlaß mit dem Knüttel vor. Die Zahl der Fälle, in denen wehrlose Arbeiter geprügelt und ohne Anlaß verhaftet wurden, ist sehr groß. In nachfolgendem seien nur zwei besonders traurige Fälle angeführt:

Der damals erwerbslose Johann Maier aus Eger, der ohne Unterstützung war, stand am 11. August um halb 10 Uhr abends im Vestibule des Egerer Bahnhofes, um dort die ankommenden Züge zu erwarten und sich v. leicht durch Tragen von Gepäck für Reisende ein Nachtmal zu verdienen. Maier ist 17 Jahre alt, unbescholten und hat für seine Mutter zu sorgen. Der Wachmann Nr. 38 aus Eger wies ihn zum Bahnhof hinaus, welchem Befehle Maier auch nachkam. An der Ecke der Bahnhofstraße, gegenüber dem Hotel „Welt“, blieb Maier stehen; der Wachmann ging ihm nach und befahl ihm, nach Hause zu gehen, welchen Auftrag Maier befolgte. Er blieb vielmehr stehen, da er dem Wachmann keinen Anlaß zum Einschreiten gegeben hatte und der richtigen Meinung war, daß niemand das Recht hat, jemanden auf öffentlicher Straße ohne Grund wegzuwiesen. Ohne Grund ließ sodann der Wachmann sofort mit dem Knüttel auf den Putsch los, schlug ihn über Kopf und Gesicht, so daß Maier zusammenbrach. Ein tschechischer Soldat namens Sprinzl, der vorüberging, erhob Einspruch gegen die rohe Behandlung

des Maier durch den Wachmann. Am 17. wurde Maier in seiner Wohnung verhaftet und fünf Tage im Arrest festgehalten.

Der Lehrling Kiedl aus Kreuzenstein-Eger stand am 12. September in der Nähe des Brandes des „Kohlstaubhauses“ in Eger; ein Wachmann forderte ihn auf, wegzugehen, worauf der Bursche wahrheitsgemäß erwiderte, sein Meister sei als Feuerwehrmann beim Brande und habe ihm aufgetragen, ihn hier zu erwarten. Ohne Wortwechsel erklärte ihn daraufhin der Wachmann für verhaftet; der Junge weigerte sich begreiflicherweise, mitzugehen, worauf noch drei Polizisten erschienen, die nun gemeinschaftlich den Burschen ganz erbärmlich mit den Knütteln bearbeiteten. Schließlich erzwangte ihn einer beim Kopfschlag und zog ihn so durch die Straßen (!!). Als die angesammelte Bevölkerung Miene machte, auf die Polizisten loszugehen, verfihrten diese.

Ein derartiges rohes, aufreizendes Benehmen der Organe, die dazu bestimmt sind, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, ist nur geeignet, die Achtung der Bevölkerung zu erschüttern. Die Polizei ist nicht dazu da, um mit Gummiknüppeln auf die wehrlose Bevölkerung loszugehen, sie darf von dieser Waffe vielmehr nur Gebrauch machen, wenn sie selbst angegriffen wird. Auf Grund der angeführten Vorgänge richten daher in einer Interpellation die Abg. Genossen Dr. Holitscher, Hillebrand und Genossen an den Innenminister die Anfrage, ob er gewillt ist, die Zustände bei der Staatspolizei in Eger zu untersuchen, die Schuldigen zu bestrafen, für Abhilfe zu sorgen und den verantwortlichen Amtorganen einzuschärfen, daß sie unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen haben, daß die Mannschaft der Bevölkerung gegenüber mit Takt, Ruhe und Selbstbeherrschung aufzutreten und jede Gewalttätigkeit und Provokation sorgfältig zu meiden hat.

**23 Bergleute ums Leben gekommen.** Aus Charleston (Virginia) wird vom 6. November gemeldet: Bei einer Explosion in den Kohlengruben wurden 23 Bergleute getötet. 19 werden bisher vermisst.

**Seeplünderer an der Küste von Schleswig-Holstein.** Die estländische von Schleswig-Holstein ist von einem schweren Unwetter heimgesucht worden. Die Bahnstrecke Rendsburg-Husum ist infolge Hochwassers unterbrochen. Verschiedene Gehöfte sind durch Blitzschlag eingekassert worden, wobei der Viehbestand und große Erntevorräte vernichtet wurden.

**Schwerer Bootsunfall.** Auf dem Lago Maggiore (Norditalien) ist eine Yacht, auf der sechs Mädchen eine Spazierfahrt unternahmen, infolge Vollaufens mit Wasser gesunken. Fünf Mädchen sind ums Leben gekommen.

**113 Meilen in der Stunde mit einem Motorwagen.** Aus London wird berichtet: Der bekannte Motorwagenfahrer Temple in Brooklands hat die ungewöhnliche Schnelligkeit von über 113 Meilen in der Stunde zurückgelegt. Die Maschine ist ein englisches Fabrikat. Temple fuhr 1 Kilometer in 19,71 Sekunden.

**Unhaltbare Verkehrsverhältnisse auf der Budapester Straßenbahn.** Aus Budapest wird gemeldet: Dienstag ereignete sich im Budaer Straßenbahnverkehr zum viertenmal hinter einander ein schwerer Straßenbahnunfall, der fünf Opfer forderte, von denen vier schwer verletzt wurden, unter ihnen ein 13-jähriger Bursche. Die Aertze der Budapester Rettungsgesellschaft erklärten im „Remseny Ujsag“, daß sie infolge der unerhörten Zustände bei der Straßenbahn ständig für solche Unfälle Vereinskasse halten müssen, da sie buchstäblich jede Stunde zu einem Verkehrsunfall gerufen werden.

**Die Auswanderung nach Amerika bis Jahreschluss gesperrt.** Das Ministerium für soziale Fürsorge erhält Berichte, daß tschechoslowakische Auswanderer, zumeist Slowaken, das bestehende Verbot, Pässe in die Vereinigten Staaten von Nordamerika auszustellen, umgehen und Reisepläne in andere amerikanische Staaten, wie Argentinien, Brasilien, Kanada, Kuba oder Mexiko verlangen, wo die Einwanderung nicht so beschränkt ist wie in den Vereinigten Staaten, in der Hoffnung, aus den genannten Ländern doch in die Vereinigten Staaten zu gelangen. Solche Versuche sind im voraus als gescheitert zu betrachten, denn die Konsuln der Vereinigten Staaten in den genannten Ländern verweigern das Visum, wenn der Betreffende nicht nachzuweisen vermag,

daß er in Mexiko zwei, in den übrigen genannten Gebieten ein Jahr lebe. Ist aber die Quote der Einwanderung in die Vereinigten Staaten erschöpft, muß der Visumverber in allen Staaten nachweisen, daß er dort ununterbrochen fünf Jahre lebe. Gelingt es aber jemandem, den Konsul zu täuschen und trotz der Grenzbeobachtung in die Vereinigten Staaten zu gelangen, so setzt er sich der Gefahr aus, daß er von den Behörden wieder über die Grenze der Vereinigten Staaten abgeschoben wird. Deshalb warnt das genannte Ministerium vor derartigen Versuchen und gibt bekannt, daß die Ausstellung von Pässen direkt in die Vereinigten Staaten bis zum Schluss des Jahres gesperrt ist.

**Opfer der Berge.** Vier Salzburger wollten Sonntag vom Stahlgas über den Schnabell in das Blühbadthal. Sie kehrten nicht mehr zurück. Die alpine Rettungstelle hat eine Expedition ins Hohegebirge entsendet.

**Emmer Bajkás Grab.** Nach Mitteilungen englischer Blätter brachte ein Reisender aus Buchara kürzlich eine Skizze von Emmer Bajkás Grab, das am Ufer eines Flusses in der Nähe von Buchara gelegen ist. Dort soll er am 4. August 1922 von Rotgardisten getötet worden sein, als er sich auf dem Weg zur Moskwa befand. Neben Emmer Bajkás befindet sich das von Daulat Mahomed Bei. Danach steht der Tod des früheren türkischen Generalkommandanten, an dem in lange Zeit geschwieft wurde, wohl nunmehr endgültig fest.

**Am Brustkreuz gestorben.** Am Montag früh ist im Brüxer Bezirkskrankenhaus die 33-jährige Tischlermeistergattin Frieda Vogel aus Johndorf an der Brustkrankheit gestorben. Die Frau wurde vor etwa sieben Wochen von einem Hund gebissen und soll sich die geringfügigen Wunden damals selbst verbunden haben. Eine Zahnärztin gegen Tollwut ließ die Frau nicht vorsehen. Dieser Tage zeigten sich plötzlich bei der Frau alle Anzeichen der Tollwut und sie starb am Sonntag in das Brüxer Krankenhaus gebracht worden, wo sie einen Tag darauf der fürchterlichen Krankheit erlag.

**Zum Schutze der Abnehmer elektrischer Energie** wurde in Groß-Prag der „Verein der Verbraucher elektrischer Energie“ mit dem Sitz in Prag II, Pustkova ul. 2, Telefon 8265/VIII, gegründet, wo Informationen erteilt und Mitglieder aufgenommen werden.

## Träger Chronik.

Aus dem Polizeibericht.

Zwei Sträflinge, der 23-jährige Wilhelm Reil aus Bayern und der 40-jährige Wenzel Kraus aus Teschnitz bei Saaz, die bei einem Entschleppung in Pohnitz beschäftigt waren, sind am Montag entflohen. Beide hatten Sträflingskleidung an. Die Nachforschungen wurden eingeleitet. — Der Infanterist E. Roder des 18. Infanterie Regiments war am Sonntag nachmittags als Torwächter beim Fußballspiel auf dem Spielplatz des „Böhm. Löwen“ beschäftigt. Als ein heftiger Angriff gegen das Tor erfolgte, stürzte er vor und wollte den Ball den Stürmern entziehen, dabei erhielt er einen solchen Stoß in den Brustkorb, daß er sofort in das Militärhospital überführt werden mußte.

## Gerichtssaal.

### Der Prozeß gegen Conradi.

**Zausanne, 7. November.** (Schweiz, Tel.-Ag.) In der Zeugeneinvernahme wird fortgesetzt. Eingelesen wird Ch. Rappoport, Journalist in Paris, ein führendes Mitglied der französischen kommunistischen Partei. Er gibt einen Rückblick auf die Entwicklung der bolschewistischen Partei und der Phasen der Revolution und versichert, daß heute die bolschewistischen Führer mit aller Sicherheit in Volkversammlungen sprechen können.

Der Muralt-Jean, Advokat von Montreux, erzählt, daß schon sein Großvater die Familie Conradi gekannt habe. Er selbst habe die Familie im Jahre 1915 und 1916 in Bernerburg besucht, wo die Familie Conradi in ausgezeichneten Verhältnissen lebte. Conradi war ein großer Arbeiterfreund. Im weiteren kommt er auf die Art und Weise zu sprechen, wie Conradi im September 1918 mitten in der Nacht aus seiner Wohnung weggeschleppt wurde. Dann sei er ermordet worden. Heute sei die früher angesehene und vermögende Familie in alle Wege zertrümmert und tief unglücklich.

Auf eine Frage Auberts, des Verteidigers Bolunins erzählt De Muralt von den beiden anderen Russland-Schweizer, von denen einige bevor sie erschossen wurden, noch gefoltert worden seien. Während der Nacht hätten Genschen und Kote die zum Tode Verurteilten mit Maschinengewehren hingerichtet. Onkel Conradi habe sich nie mit Politik beschäftigt.

Fräulein Edith Conradi, die Cousine des Angeklagten Conradi erzählt so, wie ihr Vater im Herbst 1918 weggeschleppt wurde. Die Bolschewiken hätten ihnen Mobilien und Silber- sowie andere Sachen weggenommen. Auf eine Frage Auberts bestätigt Fräulein Conradi, daß sich Peteröberg unter der Hungersnot entvölkert habe.

De Muralt verweist dann darauf, daß die Gesandnisse nicht geheißt wurden, was angesichts des russischen Winters einer Folter gleichkomme.

### Eine „kommunistische Verschwörung“.

**Budapest, 6. November.** (Eigenbericht.) Vor einem Strafgericht des Budapester Reichs begann heute die Verhandlung wegen einer angeblichen kommunistischen Verschwörung. Beklagte sind der Tischlergehilfe Koloman Strepska und 21 Genossen unter ihnen der Generalkommandant der Roten Armee Aurel Stromfeld. Die Hauptverhandlung wird angesichts der großen Zahl der Angeklag-

ten und geladenen Zeugen mehrere Tage dauern. Die Anklage lautet auf Versuch eines gewalttätigen Umsturzes der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung.

Das größte Interesse wendet sich dem Anführer Strepska zu. Auf die Frage des Vorsitzenden nach dem Verlaufe der Verhandlung, die er gegenwärtig in einer Gutachtenkommission der Obersteuerratskommission der Ludovica-Offizierschule war. Auf die Frage nach seinen Vorstrafen bejaht Strepska und teilt mit, daß er in drei Jahren schweren Verfalls wegen Hochverrats verurteilt war.

Bezüglich Strepska läßt der Vorsitzende zunächst die Protokolle aus der Untersuchung verlesen. Strepska zieht alle seine Geständnisse zurück und erklärt, daß sie ihm durch Drohungen und Gewaltanwendung erpreßt wurden. Er wurde — erklärte er — mehrmals entsehrlich geprügelt. Der Vorsitzende befragt ihn über die Rolle, die Strepska spielte. Strepska antwortet, daß ihn Strepska nach Abkündigung seiner Verurteilung besuchte und er mit ihm nur als Genosse verkehrte, wobei jede Unterhaltung über eine Verschwörung und dergleichen außer Betracht stand. Die Anklage gegen Strepska wegen Beteiligung an einer kommunistischen Verschwörung sei umso lächerlicher, als es bekannt sei, daß Strepska nie Kommuniste war und mit den Kommunisten auch zur Zeit der Räteregierung keinen Verkehr hatte. Der Vorsitzende läßt nochmals die Anklagen Strepska vor dem Untersuchungsrichter verlesen. Strepska bleibt dabei, daß alle Geständnisse von ihm erdichtet seien.

Er wurde drei Tage und drei Nächte lang so lange geprügelt, bis er sich dazu bereit erklärte, die Lügen im Protokoll als Geständnis zu unterschreiben.

Er war sich bewußt, daß in einem anderen Falle seine Marten erhöht worden wären und weiter gebauert hätten.

### Die Standaaffäre mit dem Radiumhotel in Joachimsthal.

Rudolf Sojka freigesprochen!

**Prag, 7. November.** In der Ehrenbeleidigungsklage des Ministerialrates Dr. Moravel gegen den Direktor Rudolf Sojka fällt das Gericht gestern in später Nachtstunde das Urteil. Rudolf Sojka wurde freigesprochen, da das Gericht nicht die Überzeugung gewonnen, daß tatsächlich eine folgenschwere Ehrenbeleidigung vorliegt.

### Ein Opfer seines Verhältnisses.

**Prag, 7. November.** Stanislaus M. ist heute erst 23 Jahre alt und war bis zu seiner Verhaftung immer ein strebsamer, fleißiger Beamter gewesen und hätte sicherlich noch so und so viel Jahre gewissenhafter steueramtlicher Kantarbeit den so und so vielen Beamtenrang erreicht, wenn ihm eben nicht im Alter von 22 Jahren ein Mädchen begegnet wäre, dem er alsbald mit Leib und Seele so untertan war, daß er seine Kräfte zum Betrüger wurde. Sie war feich, hübsch und lieb, er lernte sie in einem Restaurant, wo sie als Zofenmeisterin angestellt war, einmal bei einem Mittagsessen kennen. Die beiden paßten gut zu einander, verstanden sich immer, nur hatten sie beide sehr wenig Geld. Geld aber mußten sie haben, wenn sie zusammen leben wollten, wenigstens so viel, daß sie auskommen konnten.

Als Stanislaus M. im Sommer des heutigen Jahres einen auf Urlaub wählenden Kollegen übertrat, gingen mit einemmale große Summen durch seine Hände. Die Versuchung kam und M. — widerstand ihr nicht. Und wenn sein Mädchen fragte, woher er so viel Geld habe, wußte er sie in betriebligen: Advancement, Remunerationen usw. Bis M. eines Tages verhaftet und durch die Untersuchungsstelle festgestellt wurde, daß er durch betrügerische Manipulationen sich 17.000 K angeeignet hatte. Er ließ sich Kauttionen für Haftunterstützungen bezahlen, behielt das Geld für sich, fälligte Unterstützungen, leistete einen Zahlungsauftrag ein, behob ein ihm anvertrautes Sparbuch usw.

Heute hatte sich M. wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt und Betruges vor dem Geschworenengericht zu verantworten. Das Urteil lautet: auf 15 Monate schweren Verfalls.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

### Die ungeschliche Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen.

Nach Paragraph 18 des Gesetzes vom 12. August 1921, sowie des Gesetzes vom 21. Dezember 1922 ist der Minister für soziale Fürsorge ermächtigt, im geeigneten Zeitpunkt, wenn die Arbeitslosigkeit allgemein oder in dem betreffenden Zweige oder Gebiete gestiegen oder der Preis der Lebensbedürfnisse beträchtlich gestiegen ist, die durch dieses Gesetz festgesetzten Arbeitslosenunterstützungen nach Anhörung des Gutachtens der beteiligten Fachorganisationen entweder allgemein oder für einzelne territoriale Gebiete herabzusetzen oder deren Auszahlung einzustellen.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat nun, ohne die gesetzlichen Bestimmungen des Paragraphen 18 zu beachten, ohne die Gutachten der Fachorganisationen einzuholen, für Personen, welche länger als sechs Monate unterstützt wurden, die Unterstützung generell auf 50 Prozent herabgesetzt. Durch Erlass des Ministeriums vom 20. Juni 1923 wurde ferner angeordnet, daß bis auf weiteres die auf 50 Prozent herabgesetzte Unterstützung in der Zeit vom sechsten bis zum neunten Monate auf 75 Prozent erhöht wird. Nach diesem Erlass wird weiter ausgeprochen,

das vom neunten bis zwölften Monate diese Umerschätzung grundföhrlich nur Familienverhöltern, in allen andern Fällten nur in der Höhe von 50 Prozent zuerkannt werden.

Für diese vom Ministerium für soziale Fürsorge getroffenen Maßnahmen fehlt, so wird in einer Interpellation der Abgeordneten Genossen Hausmann, Roscher und Schäfer ausgeführt, jede gesetzliche Voraussetzung und Handhabung. Diese Maßnahmen stehen im direkten Widerspruch mit dem Gesetz. Es ist zur Zeit der Herausgabe der Erlasse weder die Arbeitslosigkeit im allgemeinen, noch in den betreffenden Industriezweigen und Gebieten genügend gestiegen, ebensowenig ist der Preis der Lebensbedürfnisse betröchtlich gesunken. Auch wurde das Gutachten der beteiligten Fachorganisationen nicht eingeholt.

Ein Anschlag auf die Papierarbeiter. Die Papierindustriellen haben es sich in den Kopf gesetzt, mit dem Lohnabbau an der Spitze zu marschieren. Sie versuchen nun einen neuerlichen Anschlag auf die Arbeitslöhne. Charakteristisch ist, daß an der Spitze der Scharfmacher die christliche Firma Moldaunmühl in Rieberg steht, deren Präsident, der Prälat des Stiftes Hohenfurth, Bruno Hammer ist, und die laut Rechnungsabfchluß vom 31. Dezember 1921 eine Dividende von 960.000 K verteilt hat.

Unheimliches Ansteigen der Preise für Rohhäute. Das „Pravo Lidu“ bringt einen Vergleich zwischen den Preisen der Häute am 1. November 1922 und heute. Es kosteten:

Table with 4 columns: Year (1922, 1923), Price, and Percentage change (mehr um Prozent). Rows include Kalbinnenhäute, Scherhäute, Kuhhäute, and Kalbfhäute.

Diese Zahlen beleuchten trotz die in der letzten Zeit eingetretenen Teuerung.

Lohnbewegung der Wiener Metallarbeiter und Industrieangestellten. Die Vollversammlung des Wiener Industriellenverbandes beschloß zur Frage der Lohnverhandlungen mit den Wiener Metallarbeitern und Industrieangestellten, das Lohnkomitee zu ermächtigen, mit den Angestellten wegen der neuen Kollektiv-Verträge zu verhandeln, wobei eine Vereinfachung der Bezüge durch Wegfall der Teuerungszulagen anzustreben und eine entsprechende Erhöhung der Mindestlöhne zu vereinbaren wäre.

Kollektiv-Verträge erstrecken, ehestens eine individuelle Regelung der Beamteneigenschaft unter Berücksichtigung der individuellen Leistung vorzunehmen. Zu dem Kollektiv-Verträge mit den Metallarbeitern beschloß die Verammlung, das Lohnkomitee zu ermächtigen, über einen neuen Kollektiv-Vertrag zu verhandeln, wobei den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen wäre.

Der Anschlag der rumänischen Gewerkschaften an die Amsterdamer Internationale wurde am 18. September 1923 durch den Gewerkschaftskongreß beschloßen. Dieser Beschluß wurde mit 28.000 vertretenen Stimmen (von der Gesamtzahl von 52.000) angenommen. Allerdings sind mindestens 30.000 organisierte Arbeiter überhaupt außerhalb der Kongreßvertretung geblieben.

Devisenkurse. Die tschechische Krone notiert in: Zürich, Wien, Prag.

Table of exchange rates for Prague (Prager Kurze) and Zurich (Zürcher Schluszkurze) as of November 7, 1923. Columns include Gold and Ware.

Kunst und Wissen.

Erstes philharmonisches Konzert. Die alljährlichen sechs philharmonischen Konzerte im Neuen Deutschen Theater repräsentieren seit jeher die einzigen deutschen Orchesterkonzerte Prags. Sie waren darum auch seit jeher besondere Repräsentationsfeste der reproduktiven Prager deutschen symphonischen Tonkunst.

Das erste diesjährige Philharmonische Konzert bedeutete nur hinsichtlich seines Solisten, des Pianisten Eberin Eisenberger, einen vielversprechenden Anfang. Denn diesen wirklich außerordentlichen Künstler kennenzulernen, war Ereignis und Erlebnis zugleich. Eisenberger ist einer von jener seltenen Art der Pianisten, denen die feinfühligste Technik nur das selbstverständliche Mittel zum Zweck ist.

Aus der Partei.

Abschluß aus der Partei. Ueber Beschluß der letzten Parteiverammlung in Falkenau wurden die früheren Mitglieder Anton Zehrl, Gasmirt, Karl Böhl, Rudolf Lehner, und Anton Weidl, Trafilant, aus der Partei ausgeschlossen, weil die Genannten anlässlich der Gemeindevwahl gegen unsere Partei kandidierten.

Bezirkskonferenz Reuzisheim. Sonntag, den 4. November 1923 fand im Arbeiterheim in Jauchtel die ganzjährige Bezirkskonferenz statt, zu der 42 Delegierte der Lokalorganisationen, acht Vertreter der Bezirksorganisationen und zwei Vertreter der Jugendlichen erschienen waren.

Sammlungsaufruf für den Monat Oktober 1923. Parteifonds: 2. Trautenuau 400 K, 2. Karlsbad 800 K, 4. Auffsig 400 K, 4. Troppau

500 K, 5. Reichenberg 420 K, 9. Wies 1000 K, 10. Auffsig 100 K, 22. Troppau 300 K, 22. Karlsbad 600 K, 22. Reichenberg 100 K, 22. Brünn 600 K, 22. Bodenbad 1000 K, 22. Teplicy 1000 K, 26. Auffsig 300 K, 27. Grulich 200 K, 31. Teplicy 50 K.

Bezirkskonferenz Graslitz. Sonntag, den 11. November vormittags 9 Uhr in Richard Paulus' Gasthaus in Graslitz ganzjährige Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung: Berichte Das Ergebnis der Gemeindevwahl und unsere nächsten Aufgaben (Ref.: Gen. Wondros-Karlsbad), unsere Bildungsarbeit, Reuewahl der Bezirksvertretung, Wahl der Delegierten zum Parteitag, Anträge und Beschlüsse.

Bereinsnachrichten.

Lourdesverein „Die Naturfreunde“, Prag. Sonntag, den 11. Nov.: Radno-Smečno. Führer: Strnad. Zof. 7.40, Abf. 7.58 Prag. — Samstag, 10. Nov.: Vereinskabarett „Nizza“. 1906

Turnen und Sport.

Prager Wettspiele. Sonntag: Meisterschaft 1. Klasse: Brävoice gegen Cechie Karlin. — Freundschaftsspiele: Sparta gegen DFC, Sporthäuser gegen Cechie Smichow, Ruzsisko BK gegen Victoria Zizkov, OAFK gegen Cechoslovakien Kollif. — Slavica bestreitet Sonntag zwei Wettspiele: eine Mannschaft fährt nach Preßburg, wo sie dem 1. CSK Bratislava gegenübersteht, ein zweites, verstärktes Team liefert dem Karlsbader Fußballklub in Karlsbad ein Freundschaftsspiel.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das holprige Steinpflaster unserer Straßen macht nicht nur bald müde, sondern bewirkt auch eine rasche Abnutzung der Schuhe. — Es sollte daher jeder in seinem Interesse darauf sehen, daß an jedem Schuh Palma-Kautschukabsatz und Palma-Kautschuksohle angebracht werden. — Die vielen Vorteile, die das Tragen von Kautschukabsätzen und Kautschuksohlen bietet, überzeugen jeden sofort von der großen Wichtigkeit, die diesem scheinbar nebensächlichem Artikel zukommt. — Elastisches Gehen, keine Ermüdung, sicherster Schutz vor Risse und vor allem die größte Billigkeit gegenüber Lederabsätzen und Ledersohlen, bei größerer Haltbarkeit, machen Palma-Kautschukabsätze und Palma-Kautschuksohlen zu einem unentbehrlichen und selbstverständlichen Bestandteil für jeden Schuh. 1927

Herausgeber: Dr. Ludwig Ugeß und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Holta

Alle Bücher

liefert rasch und billig die Buchhandlung Freiheit Teplicy-Adnan, Theresienstraße Nr. 18. Großes Lager in dreisprachigen Gelegenheitsläufen. Besondere Preise senden wir auf Wunsch kostenlos.

Advertisement for 'Kochendes Wasser + Kivi = ausgezeichnete Rindsuppe'. Includes a logo and the number 1530.

Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac. „Sie lebt unter einem Dach mit Ihnen!“ „Fräulein Victorine?“ „Eben sie!“ „Ja wieso denn?“ „Sie liebt Sie ja schon, Ihre kleine Baronin von Rastignac.“ „Aber sie hat doch keinen roten Heller,“ sagte Eugen überrascht. „Ja! das ist die Frage. Noch drei Worte und Sie werden alles begreifen. Vater Taillefer ist ein alter Spitzbube, von dem es heißt, daß er einen seiner Freunde während der Revolution getötet habe. Er gehört zu jenen, die ihr Leben unabhängig von Allerweltmeinungen leben. Er ist Bankier, Hauptinhaber der Firma Frederic Taillefer und Cie. Er hat einen einzigen Sohn, der ihn auf Victorines Kosten beerben wird. Solche Ungerechtigkeiten kann ich nicht vertragen. Ich nehme gleich Don Quixote die Partei der Schwachen gegen die Starken. Wenn es Gottes Wille wäre, ihm seinen Sohn zu nehmen, so würde Taillefer seine Tochter anerkennen; ihn verlangt nach einem Erben, dieser Blödsinn ist tief in der menschlichen Natur eingewurzelt, und der Alte kann keine Kinder mehr zeugen. Victorine ist faust und liebenswürdig, sie wird ihren Vater bald eingewidelt haben, und er wird wie ein Bär nach ihrer Weisheit tanzen. Sie wird von Ihrer Liebe zu tief gerührt sein, um Sie zu vergessen, Sie werden sie heiraten. Ich übernehme die Rolle der Vorsehung und werde den lieben Gott zum Dolken bringen. Ich habe einen Freund, dem ich Opfer gebracht habe, einen Hauptmann der Loirearmee, der jetzt in der königlichen Garde dient. Er hört auf meinen Rat und ist zum Ultra-Royalisten geworden; er gehört nicht zu jenen Narren, die an ihren Ansichten festhalten. Wenn ich Ihnen noch einen Rat geben darf, mein Freund: halten Sie an Ihren Ansichten nicht zäher fest als an Ihren Worten. Verlaufen Sie sie, wenn es nottut. Ein Mensch, der sich rühmt, ihre Ansicht niemals zu wechseln, sind Narren, die sich verpflichten, stets geradeaus zu geben, Dummköpfe, die an Unschicklichkeit glauben. Es gibt keine Grundsätze, gibt nur Ereignisse; es gibt keine Gesetze, es gibt nur Umstände: der überlegene Mensch vernähmt sich mit Ereignissen und Umständen, um sie zu lenken. Wenn es feststehende Grundsätze und Gesetze gäbe, so würden die Völker ihre Gesinnung nicht so leicht wechseln wie unsereine die Wäsche. Der einzelne hat nicht die Verpflichtung, weiser zu sein als ein ganzes Volk. Der Mann, der Frankreich am wenigsten genügt hat, ist ein verehrter Feind, weil er alles rot gesehen hat, er wäre höchstens dazu nuge, im Museum unter Maschinen mit der Etikette Lafayette ausgestellt zu werden; während der Prinz, den jeder steint, und der die Menschheit genügend verachtet, um ihr ebensoviele Schwüre, wie sie verlangt, ins Gesicht zu speien, die Teilung Frankreichs auf dem Wiener Kongreß verhindert hat: man schuldet ihm eine Krone und betwirft ihn mit Dreck. Oh, ich kenne die Dinge! Man hat mir Geheimnisse genug anvertraut! Ich weiß Bescheid! Eine unerschütterliche Meinung will ich an jenem Tage haben, wo ich drei Köpfe, die über die Anwendung eines Prinzips ganz eins sind, begegnet bin. Darauf kann ich lange warten! Zu keinem Gerichtshof gibt es drei Richter, die über einen Gesetzesparagrafen gleicher Ansicht wären. Aber zurück zum Hauptmann. Er würde Jesus abermals ans Kreuz schlagen, wenn ich es von ihm verlangte. Auf ein bloßes Wort vom alten Vautrin wird er mit diesem Fant, der seiner armen Schwester keinen Pfennig gönnt,

einen Streit vom Zaun brechen, und... Vautrin erhob sich bei diesen Worten und machte die Bewegung eines Mannes, der ansetzt. „Und wird ihn kalt machen,“ fügte er hinzu. „Wie furchtbar!“ sagte Eugen. „Sie scherzen, Herr Vautrin?“ „Na, na, nur Ruhe,“ gab der zur Antwort. „Tun Sie nicht unschuldig wie ein Kind; aber wenn Ihnen das Spaß macht, geraten Sie nur in Wallung! Sagen Sie mir, daß ich ein ehrloser Kerl bin, ein Verbrecher, ein Schuft, ein Räuber, aber nennen Sie mich weder Dieb noch Spion! Nun, los mit Ihren Vorwürfen! Ich verzeihe Ihnen, das ist in Ihrem Alter zu natürlich! Ich war nicht anders! Aber überlegen Sie nur. Sie werden eines Tages schlimmere Dinge tun. Sie werden einer hübschen Frau den Hof machen und sich dafür bezahlen lassen. Nicht wahr, der Gedanke ist Ihnen nicht ganz neu, denn wie wollen Sie Erfolg haben, wenn Sie Ihre Liebe nicht diskontieren? Die Tugend, mein lieber Student, läßt nicht mit sich handeln, sie ist oder ist nicht. Man fordert uns auf, Buße für unsere Sünden zu tun. Auch ein seines Systems: seine Verbrechen wird man durch Zerknirschung los! Eine Frau verführen, um eine höhere Staffel auf der sozialen Leiter zu erklimmen, Zwietsch in eine Familie säen, genug, alle Gemeinber, die man unter irgendeinem Deckmantel begeht oder um des persönlichen Interesses oder Vergnügens willen, ja, meinen Sie, dies seien Akte des Glaubens, der Hoffnung, der Barmherzigkeit? Warum dem Dandy, der ein Kind in einer Nacht um die Hälfte seines Vermögens bringt, zwei Monate Gefängnis subdiktieren, und den armen Teufel, der unter erschwerenden Umständen tausend Franken gestohlen hat, auf die Galere verbannen? So sind eure Gesetze. Jeder einzelne Paragraph führt zum Wahnsinn. Der elegante Mann in Handschuhen hat, ohne Blut zu vergießen, einen Mord begangen, der Mörder hat eine Tür mit einem Dietrich geöffnet: zwei Dinge, die sich zur Nachtzeit abspielen. Welcher Unterschied ist zwischen meinem Vorschlag und dem, was Sie eines Tages machen werden? Nur das hübsche Blut! Sie glauben, es gäbe etwas Positives in der Welt. Verachten Sie nur die Menschen und sehen Sie die Maschinen, durch die man dem Gesehuch entfliehen kann. Das Geheimnis der großen plötzlich angefallenen Vermögen ist ein Verbrechen, das längst in Vergessenheit geraten ist, weil es geschickt genug begangen wurde.“ „Genug, Herr Vautrin! ich will nicht mehr hören, Sie werden mich dazu bringen, an mir selbst zu zweifeln. Heute ist mein Gefühl meine einzige Richtschnur.“ „Die Sie wollen, mein Kind, ich habe Sie überschätzt,“ sagte Vautrin, „ich sage nichts mehr. Aber ein Wort noch.“ Er sah den Studenten durchdringend an: „Sie haben mein Geheimnis.“ „Der junge Mann, der den Mut hat, sich Ihnen zu verweigern, wird es vergessen.“ „Das haben Sie gut gesagt, das gefällt mir. Sehen Sie, andere werden weniger Beweisskrupeln haben. Denken Sie an das, was ich für Sie tun will. Ich gebe Ihnen eine Frist von vierzehn Tagen. Bestimmen Sie sich, es geht um Ja oder Nein.“ „Welch eisernen Schadel hat dieser Mann!“ sagte Rastignac, als er Vautrin, seinen Stod unter dem Arm, ruhig dabongehen sah. „Er hat mir unverblümt gesagt, was hinter Frau von Beugnots Worten in umschriebener Form stand. Mit seinen eisernen Krallen hat er mir das Herz zerissen. Warum will ich zu Frau von Rucingen gehen? Er hat meine Motive durchschaut, kaum daß ich mich selber dazu durchgerungen habe. Mit zwei Worten hat mir dieser Blutsauger mehr über die Tugend gesagt, als alle Menschen und Bücher.“ (Fortsetzung folgt.)

gen, der Mörder hat eine Tür mit einem Dietrich geöffnet: zwei Dinge, die sich zur Nachtzeit abspielen. Welcher Unterschied ist zwischen meinem Vorschlag und dem, was Sie eines Tages machen werden? Nur das hübsche Blut! Sie glauben, es gäbe etwas Positives in der Welt. Verachten Sie nur die Menschen und sehen Sie die Maschinen, durch die man dem Gesehuch entfliehen kann. Das Geheimnis der großen plötzlich angefallenen Vermögen ist ein Verbrechen, das längst in Vergessenheit geraten ist, weil es geschickt genug begangen wurde.“

„Genug, Herr Vautrin! ich will nicht mehr hören, Sie werden mich dazu bringen, an mir selbst zu zweifeln. Heute ist mein Gefühl meine einzige Richtschnur.“